

\* **Bankbeamtenversammlung.** Mittwoch fand unter zahlreicher Beteiligung der Mitgliedschaft die Generalversammlung der Ortsgruppe Wien des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten statt. Den Rechenschaftsbericht erstattete der Präsident Herr **A u f r i c h t**. Er besprach insbesondere die gegenwärtigen Steuerungsverhältnisse und bemerkte, daß die Steuerungszulagen noch keinesfalls einen Gegenwert für die jetzt auf allen Gebieten herrschende Teuerung bilden und daß nach wie vor ein halbwegs ausreichender Ausgleich in den Bezügen der Bankbeamten angestrebt werden müsse. Ebenso notwendig sei eine entsprechende Verbesserung der Pensionsbestände, die bisher nur bei der Länderbank durchgeführt sei. Er streifte dann die bedauernde Lage der Altpensionisten, denen nirgends in zureichendem Maße Hilfe geworden ist. Einige Institute, so die Kreditanstalt, die Verkehrsbank und der „Mercur“, haben noch gar nichts für ihre Altpensionisten getan. Der Redner bespricht dann die übermäßigen Anstrengungen, denen die Beamtenschaft während des Krieges ausgesetzt ist, und kommt insbesondere auf die ganz unglaublichen Arbeitsverhältnisse im **G i r o - u n d K a s s e n v e r e i n** zu sprechen, die schon einmal die Oeffentlichkeit beschäftigt haben. Für diese Verhältnisse sei einzig und allein die Direktion verantwortlich, die durch rechtzeitige Rekrutierungen von Personal hier vorbeugend hätte eingreifen müssen. Mit aller Entschiedenheit müsse hier Abhilfe geschaffen werden, darauf werde die Organisation unbedingt dringen. Zum Schluß verweist der Redner auf die Notwendigkeit, nunmehr auch moderne **D i e n s t b e s t i m m u n g e n** in den Banken einzuführen. Vor allem sei die Einführung von Personalkommissionen, die der Beamtenschaft ein gewisses Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Dienstverhältnisse gewährleisten, im Zeichen der Zeit gelegen und von jedem Gesichtspunkt aus durchführbar. Sodann referierte Sekretär **A l l i n a** über die Reform der Krankenversicherung. Die Versammlung beschließt, aus dem Gehaltsüberschuß 8000 Kronen dem Widerstandsfonds zuzuweisen, der damit die Höhe von rund 930.000 Kronen erreicht hat. Es folgten hierauf die **R e s o l u t i o n e n**.